

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul zu Polemiken aus dem Unions-Lager gegen die SPD-Pläne: Vorschläge der Kommission F 90 „EG-verträglich“.

Seite 1

Heiko Schultz MdL zum Erfordernis über die Wirkung von „Beruhigungspillen“ in der Schule aufzuklären: Psychopharmaka für Kinder programmieren Sucht.

Seite 3

Marliese Atfken MdL zu einer Umweltinitiative im Landtag von Schleswig-Holstein: Erkenntnisse über „ökologisches Bauen“ nutzen.

Seite 4

Dokumentation:

Der Hamburger Bürgermeister Dr. Henning Voscherau hat die Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden betont. Auf einem Friedenssymposium im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Dresden plädierte er zugleich für die Vertiefung des Dialogs zwischen den Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR. Die Rede im Wortlaut

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

44. Jahrgang / 162

24. August 1989

Vorschläge der Kommission F 90 „EG-verträglich“

Zu Polemiken aus dem Unions-Lager gegen die SPD-Pläne

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul
Mitglied des SPD-Präsidiums

In den letzten Wochen hatten Kritiker aus dem CDU/CSU-Lager verzweifelt nach Argumenten gefischt, die sie gegen die Vorschläge der Kommission F 90 der SPD zum ökologischen Umbau ins Feld führen könnten. In Ermangelung anderer, sind sie dann auf ein Gebiet geraten, das sie immer dann zu nutzen suchen, wenn sie auf weitgehende Unkenntnis spekulieren: Die EG. Die SPD-Vorschläge paßten nicht in den Rahmen des EG-Binnenmarktes, so wird behauptet. Das ist falsch. Wer so argumentiert zeigt, daß er die SPD-Vorschläge nicht gelesen hat und auch auf die Unkenntnis anderer spekuliert.

Im Rahmen des EG-Binnenmarktes sollen selbstverständlich auch die Verbrauchssteuern harmonisiert werden. Die EG-Kommission hatte dazu einen Vorschlag zu einheitlichen Steuersätzen bereits im Jahr 1987 vorgelegt.

Mittlerweile hat die zuständige EG-Kommissarin Madame Scrivener bereits die Überarbeitung der Vorschläge angekündigt und vorgestellt. Ein formeller neuer Vorschlag der EG-Kommission liegt aber noch nicht vor und auch die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung gestehen in den Bundestagsausschüssen zu, daß noch Monate, wenn nicht Jahre ins Land gehen werden, bis eine verbindliche EG-Regelung zu den Verbrauchssteuern beschlossen ist.

Zwischenzeitlich denkt die EG-Kommission und denken andere EG-Mitgliedsregierungen, zum Beispiel die italienische, bereits über die Einführung von Umweltsteuern nach.



Die SPD wird ihre guten Kontakte nutzen, um im Sinne ihrer Vorschläge eine Harmonisierung bei den EG-Steuervorschlägen zu erreichen.

Von der Bundesregierung ist nicht bekannt, mit welchen politischen - und nicht nur buchhalterischen Prioritäten - sie im EG-Finanzministerrat tätig wird.

Eines ist jedenfalls klar, das Ziel der EG-Harmonisierung läuft in Richtung der SPD-Vorschläge: denn erstens ist die Bundesrepublik das einzige EG-Land, das noch keine Geschwindigkeitsbegrenzung hat und zweitens ist in fast allen EG-Mitgliedsstaaten die Mineralölsteuer drastisch höher als in der Bundesrepublik.

Von daher kann auch nicht die Behauptung des angeblichen „Wettbewerbsnachteils“ gegen die SPD-Pläne ins Feld geführt werden.

Bleiben die Abgaben: Auch hier liegt die CDU/CSU falsch. In jedem einzelnen Punkt hat die SPD in den Papieren der Kommission F 90 vermerkt, wo die Einführung einer Abgabe EG-weit notwendig ist, um Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Beziehungsweise es sind die Abgaben genannt, die ohne Verstoß gegen EG-Recht EG-vertraglich national beschlossen und gestaltet werden können.

Fazit: Wer selbst keine Strategie zum EG-Binnenmarkt hat - wie die CDU/CSU - darf nicht unterstellen, das sei auch bei anderen Parteien so. Die SPD weiß, daß ihre Regierungstätigkeit ab 1990 den EG-Binnenmarkt berücksichtigen und fördern muß. Sie will ihn aber ökologisch gestalten und sie kennt die EG-Entscheidungsmechanismen und das unterscheidet sie - neben vielem anderen - von ihren CDU/CSU-Kritikern.

(-/24.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Psychopharmaka für Kinder programmieren Sucht

Zum Erfordernis über die Wirkung von „Beruhigungspillen“ in der Schule aufzuklären

Von Heiko Schultz MdL

Sozialexperte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Wenn Kinder bereits mit Psychopharmaka vollgestopft werden, braucht man sich über spätere Sucht nicht wundern. Es ist ein schrilles Alarmsignal, daß bereits Sechsjährige Pillen verordnet bekommen, damit das in vielerlei Ursachen begründete seelische Ungleichgewicht wieder ins Lot kommt.

Wie es heißt, sollen schon 900.000 Kinder Psychopharmaka einnehmen („Magazin „Report“ im Juni 1989).

SozialarbeiterInnen berichten über die schlimmen Folgen derartiger Behandlungsmethoden. Jugendliche, die bereits in der Grundschule die Wirkung von Psychopharmaka erfahren haben, sprechen auf Drogen besonders an.

Es ist daher dringend erforderlich, daß bereits Schulkinder intensiv über die Gefahren aufgeklärt werden.

Gleichzeitig müssen auch die Eltern angehalten werden, sich genau über die Wirkungen der Medikamente zu informieren, die ihren Kindern verschrieben werden.

Nachdem Steuerzahler und Beitragszahler mit aufzukommen haben, wenn es um die Behandlung und Versorgung Sucht- und Drogenabhängiger geht, gehört es auch zu den Aufgaben des Staates, sich um die Ursachen und ihre Bewältigung zu kümmern.

In einer parlamentarischen Anfrage will ich daher zunächst wissen, ob es bei der bayerischen Staatsregierung Erkenntnisse über den Umfang und die Gründe des Verschreibens von Psychopharmaka an Kinder und Jugendliche gibt und welche Möglichkeiten erwogen werden, um den Gefahren der späteren Suchtabhängigkeit durch Medikamenten-Mißbrauch zu begegnen. (-/24.8.1989/vo-he/rs)

Erkenntnisse über „ökologisches Bauen“ nutzen

Zu einer Umweltinitiative im Landtag von Schleswig-Holstein

Von Marliese Afiken MdL

Wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die engen Zusammenhänge von Natur, Architektur und Umweltschutz anzuerkennen und zu berücksichtigen, ist Inhalt „ökologischen Bauens“.

Dieses darf nicht nur Thema für die künftige Gestaltung von Wohnhäusern und ihr Wohnumfeld sein, sondern muß ebenso für die Bereiche Wohnen und Arbeiten, für die Ausgestaltung von Gewerbegebieten und für alle öffentlichen Gebäude Kriterium werden.

Deswegen setzt sich der Arbeitskreis Wirtschaft der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein dafür ein, eine Richtlinie „ökologisches Bauen“ für alle Landesbauten zu erstellen. Sie soll sowohl bei Neu- als auch bei Umbauten und Sanierungen landeseigener Gebäude Anwendung finden. Erste Gespräche mit der Finanzministerin, der Bauherrin aller Landesbauten, haben bereits stattgefunden.

Eine Fülle von Vorschlägen, von der Wärmegewinnung durch Solartechnik bis hin zur getrennten Abfallentsorgung, ließen sich nach dem heutigen Stand der Technik bereits verwirklichen.

Das Kriterium „ökologisches Bauen“ sollte auch in die Städtebauförderungsrichtlinie aufgenommen werden.

Die schleswig-holsteinische SPD-Fraktion wünscht, durch verstärkte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit dem „ökologischen Bauen“ einen höheren Stellenwert zu geben. Deshalb hat sie sich auch dafür eingesetzt, daß die Kieler Landesregierung anläßlich der NORDBAU im September in Neumünster mit einem breiten Informationsangebot zum „ökologischen Bauen“ vertreten ist. Eine entsprechende Ausstellung ist inzwischen in Vorbereitung. (-/24.8.1989/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Im Gespräch bleiben, den Dialog vertiefen, aufeinander zugehen

Der Hamburger Bürgermeister Dr. Henning Voscherau hat die Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden betont. Auf einem Friedenssymposium im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Dresden plädierte er zugleich für die Vertiefung des Dialogs zwischen den Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR. Die Rede im Wortlaut:

Unsere Veranstaltung findet nicht zufällig unmittelbar vor dem 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkrieges statt. Kein Krieg hat mehr Tote, mehr Unheil, mehr Verwüstungen und Verheerungen, mehr Verbrechen über die Völker Europas gebracht, als dieser durch das nationalsozialistische Deutschland planmäßig, vorsätzlich entfachte Weltkrieg. Unsere beiden Städte, Dresden und Hamburg, wurden fast völlig zerstört.

Der Zweite Weltkrieg bleibt für die Davongekommenen untrennbar verbunden mit Angst und Schrecken, mit Leid, Tod und Zerstörung, mit dem Verlust von Angehörigen, mit der Zerstörung ihrer Heimat; für mich selbst als damals sehr kleinen Jungen mit dem bedrohlich anschwellenden Dröhnen herannahender Bomberstaffeln, das in meine Erinnerung eingegraben ist.

Der 1. September 1939 mahnt uns Deutsche in West und Ost, unserer Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa nachzukommen, die humanitären, sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen für friedliche Nachbarschaft der Völker und der Menschen zu schaffen. Dies ist die historische Lehre, der wir uns immer wieder stellen müssen.

Der 1. September 1939 hat die politische Geographie Europas verändert. Die Wurzeln dessen, was Jahre später in Jalta und Potsdam beschlossen wurde, reichen bis in den Sommer 1939, bis zum Januar 1933 zurück. Nicht die Politik der Sowjetunion, Polens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs oder Englands, sondern die verbrecherische Machtpolitik der deutschen Nationalsozialisten hat den Zweiten Weltkrieg gewollt und entfacht. Die Teilung Deutschlands und Europas nahm am 1. September 1939 ihren Ausgang, ist ursächlich verbunden mit deutscher Politik.

Dies ist eine nüchterne und eine bittere Wahrheit, die auch jene zur Kenntnis nehmen sollten, die heute meinen, erneut die Westgrenze Polens in Frage stellen zu müssen. So wird dem Frieden keinen Dienst erwiesen!

In den Gedanken und Erinnerungen vieler Menschen sind die Schrecken und Leiden des Krieges bis heute wach geblieben. Der 1. September 1939 bleibt für uns Mahnung und Auftrag, alles Menschenmögliche zu unternehmen, ein für allemal Krieg als Mittel der Politik zu verbannen, dauerhaft Frieden zu sichern und die Entspannung voranzutreiben.

Dies macht einen Kern unserer Städtepartnerschaft aus. Es geht um die Schaffung von Vertrauen und Gemeinsamkeiten. „Hamburg und Dresden“, so heißt es in unserer Vereinbarung, „wollen das Ihre dazu beitragen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht, daß das Wettüben beendet, Abrüstung und Entspannung erreicht werden“.

Damit sind wir eine besondere Verpflichtung eingegangen. Wir bekennen uns zur Mitverantwortung für den Frieden. Wir überlassen diese Frage nicht nur Diplomaten und Beamten, wir delegieren diese Verantwortung nicht an andere, sondern wollen selbst dort, wo wir es können, für den Frieden wirken. Denn Sicherung des Friedens - abgehoben von Menschenwürde und konkreten Lebensbedingungen der Menschen und Völker - ist auf Dauer schwer vorstellbar.

Natürlich wissen wir um unsere begrenzten Handlungsmöglichkeiten. Wir maßen uns keine Zuständigkeiten an, die wir nicht haben. Dresden und Hamburg sind nicht Teilnehmer internationaler oder europäischer Konferenzen. Wir verhandeln nicht miteinander. Dies gilt, um ein Thema dieses Symposiums anzusprechen, auch für die konventionelle Abrüstung. Aber Hamburg und Dresden können und sollten anregen, ermuntern, ja auch zu mutigen Schritten und raschen Ergebnissen auffordern. Die Wiener Verhandlungen, die so hoffnungsvoll begannen, können Meilensteine auf dem Weg zu einem neuen, sicheren Europa sein. Wir sollten drängen und Mut machen.

Andererseits sind unsere Möglichkeiten groß genug, um in unseren jeweiligen kommunalen Rahmen dem Frieden zu dienen. Die Friedenserziehung, das zweite Thema dieses Treffens, ist ein solcher Bereich. Innerhalb und außerhalb unserer Schulen können wir Anstrengungen unternehmen, junge Menschen zu größerem Verständnis, zur Toleranz und zum Respekt gegenüber anderen Überzeugungen zu erziehen.

Adressaten sind auch die Menschen, die im Zeichen von Kaltem Krieg und Konfrontation im Nachkriegseuropa groß geworden sind. Sie - und nicht nur sie - werden wir durch die Wahl unserer Worte, durch die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen, durch Einlösung ihrer Menschenrechte, durch Abrüstung und andere konkrete friedenspolitische Maßnahmen und durch die Verwirklichung der KSZE-Schlußdokumente von Helsinki und Wien von der Friedensfähigkeit unserer Staaten und Gesellschaftsordnungen überzeugen müssen. Dies ist eine besondere Form von Vertrauensbildung, zu der auch unsere Städtepartnerschaft zählt und Beiträge leisten kann.

Die Staaten Europas sind auf gutem Wege, ein gemeinsames, friedfertiges europäisches Haus zu errichten. In jedes Haus gehören offene Türen. Im europäischen Haus müssen mehr Offenheit, mehr Vertrauen, mehr Wissen voneinander und mehr Zusammenarbeit den Alltag bestimmen. Viele Menschen in West und Ost verbinden große Hoffnungen mit der Politik der Umgestaltung in der Sowjetunion, mit dem historischen Wandel in Polen und Ungarn. Die Veränderungen in der Sowjetunion machen Mut, eröffnen neue Perspektiven und breiten sich aus im europäischen Haus - in manchen seiner Stockwerke früher, in manchen später.

Gewiß wird es dazu hier im Saale unterschiedliche Auffassungen geben. Aber in dem Maße, indem wir diese Auffassungen ansprechen, sie offen ansprechen, wir einander zuhören und vielleicht voneinander lernen, in dem Maße wird sich unsere Städtepartnerschaft bewähren und dienen wir einer neuen Kultur des politischen Streits und des Dialoges. SPD und SED haben hierzu wichtige Anregungen geliefert. „Es muß zum Normalfall werden“, heißt es in einem gemeinsamen Papier, „daß wir miteinander handeln, verhandeln und zusammenarbeiten, während wir gleichzeitig da offene und klare Kritik äußern können, wo nach unserem Verständnis die Friedensbereitschaft, der Wille zur Verständigung, die Menschenrechte und die Demokratie verletzt werden. Kooperation, Wettbewerb und Konflikt müssen gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander werden.“

Unser Symposium, auch dies spreche ich an, findet vor dem Hintergrund schwieriger Tage und Wochen im Verhältnis beider deutscher Staaten statt. Die Besetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR durch ausreiseseuchende DDR-Bürger, die Schließung der Ständigen Vertretung und der bundesdeutschen Botschaft in Budapest sind überaus ernste Vorgänge. Wir können hier und heute diese aktuellen Schwierigkeiten nicht lösen. Jedoch kann von unserem Symposium ein Signal an die Regierungen beider deutscher Staaten ausgehen, im Gespräch zu bleiben, den Dialog zu vertiefen und aufeinander zuzugehen. So wird hoffentlich zu verhindern sein, daß das deutsch-deutsche Verhältnis an diesen Vorgängen Schaden nimmt. (-/24.8.1989/vo-he/rs)

* * *